



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Verbesserungsanregungen zum Vorschlag für eine 'Digital-Omnibus-Verordnung' zur Änderung der DSGVO und Meldepflichten von Cybersicherheitsvorfällen

Aktuell seit 23.04.2026 11:15:09

Angegeben von:

Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) e. V. (R000654) am 17.02.2026

Beschreibung:

Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) nimmt die Gelegenheit wahr, zu dem am 19. November 2025 von der Europäischen Kommission (EU-Kommission) veröffentlichten Vorschlag für eine „Digital-Omnibus-Verordnung“ Stellung zu nehmen. Allgemein unterstützt die DK den Ansatz der EU-Kommission den EU-Digitalrechtsrahmen zu modernisieren, kohärenter zu gestalten und zu vereinfachen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern und übermäßige bürokratische Lasten abzubauen.

Betroffene Interessenbereiche (4)

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#)

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#)

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#)

Öffentliches Recht [\[alle RV hierzu\]](#)

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. [SG2603060019](#) (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS)
[alle SG dorthin]